



Europäisches und deutsches Kartellrecht

8. Dezember 2021

Dr. Christian Heinichen

1

Europäisches und deutsches Kartellrecht

Lernziele

1. Unternehmensbegriff
2. Abgrenzung „Vereinbarung“ vs. unilaterales Verhalten
3. Wettbewerbsbeschränkung
4. Zweck, Wirkung, Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung

© 2021, Dr. Christian Heinichen

2

Europäisches und deutsches Kartellrecht

Inhaltsübersicht

Kartellverbot: Tatbestand

1. **Tatbestand | Prüfungsschema**
2. Normadressaten des Kartellverbots
3. Tathandlungen des Kartellverbots
4. Wettbewerbsbeschränkung
5. Bezwecken oder Bewirken
6. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung
7. Tatbestandsrestriktionen

© 2021, Dr. Christian Heinichen

3

Europäisches und deutsches Kartellrecht

Tatbestand | Prüfungsschema

Art. 101 Abs. 1 AEUV	§ 1 GWB
Zwischenstaatlichkeit	
Unternehmen/Unternehmensvereinigung	Unternehmen/Unternehmensvereinigung
Vereinbarung/abgestimmte Verhaltensweise/Beschluss	Vereinbarung/abgestimmte Verhaltensweise/Beschluss
Wettbewerbsbeschränkung	Wettbewerbsbeschränkung
Bezwecken/Bewirken	Bezwecken/Bewirken
[Spürbarkeit]	[Spürbarkeit]
[Immanenzgedanke]	[Immanenzgedanke]

© 2021, Dr. Christian Heinichen

4

Europäisches und deutsches Kartellrecht

Inhaltsübersicht

Kartellverbot: Tatbestand

1. Tatbestand | Prüfungsschema
2. **Normadressaten des Kartellverbots**
3. Tathandlungen des Kartellverbots
4. Wettbewerbsbeschränkung
5. Bezwecken oder Bewirken
6. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung
7. Tatbestandsrestriktionen

© 2021, Dr. Christian Heinichen

5

Europäisches und deutsches Kartellrecht

Normadressaten

1. Unternehmen

Unternehmen ist jede eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausübende Einheit unabhängig von ihrer Rechtsform und der Art ihrer Finanzierung (**funktionaler Unternehmensbegriff**).

- Gewinnerzielungsabsicht (str.)
- Dauerhaftigkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit (str.)
- Rechtsformunabhängigkeit (str.)
- Relativität des kartellrechtlichen Unternehmensbegriffs

© 2021, Dr. Christian Heinichen

6

Normadressaten

Reichweite des Unternehmensbegriffs:

- natürliche und juristische Personen
- aktuelle / potentielle Unternehmen
- Vorbereitung, Durchführung u. Abschluss der Marktteilnahme

Abgrenzung des Unternehmensbegriffs von:

- privatem Verbrauch
- rein hoheitlicher Tätigkeit
- Arbeitnehmern

7

Normadressaten

Problemfälle:

- Konzernsachverhalte (v. a. Konzernprivileg)
- Handelsvertreter
- Rechtsnachfolge

8

Normadressaten

2. Unternehmensvereinigungen

Vereinigung von Unternehmen, deren Zweck (auch) in der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen besteht.

- z.B. Wirtschaftsverbände, Berufsorganisationen (auch Rechtsanwaltskammern)
- auch Vereinigungen von Unternehmensvereinigungen

9

Inhaltsübersicht

Kartellverbot: Tatbestand

1. Tatbestand | Prüfungsschema
2. Normadressaten des Kartellverbots
3. Tathandlungen des Kartellverbots
4. Wettbewerbsbeschränkung
5. Bezwecken oder Bewirken
6. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung
7. Tatbestandsrestriktionen

10

Tathandlungen

1. Vereinbarung zwischen Unternehmen

„Vereinbarung ist jede horizontale oder vertikale, ausdrückliche oder konkludente, schriftliche oder formlose Abrede mit rechtlichem oder faktischem Bindungswillen, durch die das Marktverhalten zumindest eines Marktpartners reguliert wird.“

- horizontal (zwischen Wettbewerbern) oder vertikal (zwischen Nichtwettbewerbern)
- ausdrücklich oder konkludent
- schriftlich oder formlos

11

Tathandlungen

- Erforderlichkeit eines (zumindest) faktischen Bindungswillens
- Beispiele:
 - Zielpreis- oder Absatzquotenvereinbarung
 - Kundenschutzabsprachen
 - Preisbindung der zweiten Hand
- **Abgrenzung zu einseitigen Maßnahmen**

12

Tathandlungen

2. Beschluss einer Unternehmensvereinigung

„Beschluss ist jeder Rechtsakt, durch den eine Organisation ihren Willen bildet, unabhängig von seiner Form, seiner rechtlichen Wirksamkeit und seiner Umsetzung durch die Mitgliedsunternehmen.“

- z.B. Geschäftsordnungen, Satzungsänderungen
- Erforderlichkeit (zumindest) faktischer Bindungswirkung
- Mitwirkung / Umsetzung des Beschlusses

13

Tathandlungen

3. Aufeinander abgestimmte Verhaltensweise

„Jede Form der Koordinierung zwischen Unternehmen, der zwar kein rechtlicher oder faktischer Bindungswille zugrunde liegt, die jedoch willentlich eine praktische Zusammenarbeit an die Stelle des mit Risiken verbundenen Wettbewerbs treten lässt.“

- z. B. Informationsaustausch zwischen Unternehmen in Form von Marktinformationsverfahren oder Benchmarking
- Auffangtatbestand

14

Tathandlungen

Voraussetzungen:

- unmittelbare oder mittelbare Fühlungsnahme (= Abstimmung)
- entsprechendes Marktverhalten
- Kausalität zwischen Abstimmung und Marktverhalten

Abgrenzung zum erlaubten bewussten Parallelverhalten:

- z. B. oligopolistischer Marktzwang
- Maßstab = kartellrechtliches **Selbständigkeitspostulat**

15

Inhaltsübersicht

Kartellverbot: Tatbestand

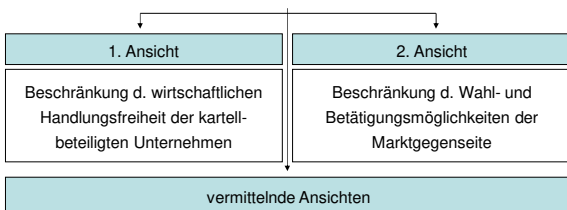
1. Tatbestand | Prüfungsschema
2. Normadressaten des Kartellverbots
3. Tathandlungen des Kartellverbots
4. **Wettbewerbsbeschränkung**
5. Bezwecken oder Bewirken
6. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung
7. Tatbestandsrestriktionen

16

Wettbewerbsbeschränkung

Formen der Wettbewerbsbeschränkung:

- Verhinderung, Einschränkung, Verfälschung



17

Wettbewerbsbeschränkung

Geschützter Wettbewerb:

- tatsächlicher und potentieller Wettbewerb
- *interbrand-* und *intra-brand-*Wettbewerb
- Preiswettbewerb und nichtpreisbezogener Wettbewerb
- Problem des unlauteren Wettbewerbs

18

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. a) AEUV, § 1 GWB

- Festsetzung von **Preisen oder Preisbestandteilen**
 - Schutz der Preisbildungsfreiheit, z.B. gegen:
 - **horizontale** Preisabsprachen zwischen Wettbewerbern, z.B. über Verkaufs- oder Ankaufspreise
 - **vertikale** Preisvereinbarungen zwischen Nichtwettbewerbern, z.B. sog. Preisbindung der zweiten Hand
 - Rabattvereinbarungen, Informationsaustausch über Preise oder Geschäftsbedingungen

19

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. a) AEUV, § 1 GWB

- Festsetzung von **sonstigen Geschäftsbedingungen**, z.B.
 - Vereinheitlichung von Verkaufs- oder Wiederverkaufskonditionen
 - Festsetzung von Lieferbedingungen

20

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. b) AEUV, § 1 GWB

- Einschränkung oder Kontrolle der **Erzeugung**, z.B. durch
 - Produktionsverbote
 - Produktionsquoten

21

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. b) AEUV, § 1 GWB

- Einschränkung oder Kontrolle des **Absatzes**
 - Begrenzung bzw. Ausschaltung der individuellen Absatzpolitik
 - z.B. **horizontal** durch Verkaufsverbote, Quotenabsprachen, gemeinsamen Verkauf oder Einkauf, Kollegenlieferungen
 - z.B. **vertikal** durch Bezugsquoten, Weiterverkaufsverbote

22

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. b) AEUV, § 1 GWB

- Einschränkung oder Kontrolle der **technischen Entwicklung**
 - Beschränkung des Forschungs- und Innovationswettbewerbs
 - z.B. durch Spezialisierungsvereinbarungen
 - z.B. durch Wettbewerbsverbote im F&E-Bereich

23

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. b) AEUV, § 1 GWB

- Einschränkung oder Kontrolle der **Investitionen**
 - z.B. durch eine gemeinsame Entscheidung über die Investition in neue Produktionskapazitäten
 - z.B. durch die Vereinbarung, Produktionsanlagen nicht an Dritte zu verkaufen

24

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. c) AEUV, § 1 GWB

- **Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen**
 - **horizontale** Marktaufteilungen, z.B. durch Heimatmarktprinzip, Marktquoten, kollektive Ausschließlichkeitsbindungen
 - **vertikale** Marktaufteilungen, z.B. durch Exportverbote, vertikale Ausschließlichkeitsbindungen
 - Aufteilung nach Versorgungsquellen, z.B. durch Beschränkungen der Bezugsfreiheit, Alleinbezugsverpflichtungen

25

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. d) AEUV, § 1 GWB

- Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen (**spezielles Diskriminierungsverbot**)
 - gleichwertige Leistungen
 - unterschiedliche Bedingungen
 - fehlende sachliche Rechtfertigung
 - z.B. durch Preisdiskriminierungen, Gesamtumsatzrabattsysteme, Lieferverweigerungen

26

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 2 lit. e) AEUV, § 1 GWB

- Verpflichtung zur Abnahme zusätzlicher Leistungen (**Koppelungsverbot**)
 - unterscheidet zwischen dem Markt des Koppelungsprodukts und dem Markt des gekoppelten Produkts
 - unterscheidet zwischen individuell vereinbarter Koppelung und kollektiv vereinbarter Koppelung
 - z.B. Koppelung des Bezugs von Getränkekartons an den Bezug von Abfüllanlagen

27

Wettbewerbsbeschränkung

Art. 101 Abs. 1 Hs. 1 AEUV, § 1 GWB

- **kartellrechtliche Generalklausel**
 - „... insbesondere ...“
 - Möglichkeit des Rückgriffs auf Generalklausel, wenn Regelbeispiele nicht einschlägig
 - Generalklausel mangels Regelbeispielen im deutschen Kartellverbot des § 1 GWB

28

Inhaltsübersicht

Kartellverbot: Tatbestand

1. Tatbestand | Prüfungsschema
2. Normadressaten des Kartellverbots
3. Tathandlungen des Kartellverbots
4. Wettbewerbsbeschränkung
5. **Bezwecken oder Bewirken**
6. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung
7. Tatbestandsrestriktionen

29

Bezwecken oder Bewirken

1. Bezwecken der Wettbewerbsbeschränkung

„... wenn eine Maßnahme aus ökonomischen oder rechtlichen Gründen als typischerweise nachteilig für den Wettbewerb zu bewerten ist.“

- Objektiv wettbewerbsbeschränkende Tendenz der Maßnahme maßgeblich (nicht subjektive Zielsetzung der Parteien)
- Prüfung wettbewerbsbeschränkender Wirkungen entbehrlich
- z.B. Preisabsprachen, Marktaufteilung, Preisbindung der zweiten Hand, absoluter Gebietsschutz

30

Bezwecken oder Bewirken

2. Bewirken der Wettbewerbsbeschränkung

„... wenn eine Maßnahme, die (auch) einen wettbewerbskonformen Zweck haben kann, sich tatsächlich oder potentiell wettbewerbsbeschränkend auf dem relevanten Markt auswirkt.“

Inhaltsübersicht

Kartellverbot: Tatbestand

1. Tatbestand | Prüfungsschema
2. Normadressaten des Kartellverbots
3. Tathandlungen des Kartellverbots
4. Wettbewerbsbeschränkung
5. Bezwecken oder Bewirken
6. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung
7. Tatbestandsrestriktionen

Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung

- ungeschriebenes TBM von Art. 101 Abs. 1 AEUV, § 1 GWB
- Ausgrenzung von Bagatellkartellen
- Prüfungsmodus der Kommission (*de-minimis*-Bekanntmachung) und des BKartA (Bagatellbekanntmachung):

- **horizontal** -> Spürbarkeitsschwelle bei Marktanteil von 10 %
- **vertikal** -> Spürbarkeitsschwelle bei 15 %
- [keine Anwendung auf bezweckte Wettbewerbsbeschränkungen]

Inhaltsübersicht

Kartellverbot: Tatbestand

1. Tatbestand | Prüfungsschema
2. Normadressaten des Kartellverbots
3. Tathandlungen des Kartellverbots
4. Wettbewerbsbeschränkung
5. Bezwecken oder Bewirken
6. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung
7. **Tatbestandsrestriktionen**

Inhaltsübersicht

Kartellverbot: Tatbestand

1. Wettbewerbsbeschränkung
2. Bezwecken oder Bewirken
3. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung
4. **Tatbestandsrestriktionen**

Tatbestandsrestriktionen

1. Europäische *Rule of Reason*?

- Abwägung der wettbewerbsbeschränkenden und wettbewerbsfördernden Aspekte einer Maßnahme im Rahmen des Art. 101 Abs. 1 AEUV?
- Ablehnung einer europäischen *Rule of Reason* aus systematischen Erwägungen (Art. 101 Abs. 1 AEUV vs. Abs. 3 AEUV)

Tatbestandsrestriktionen

2. Immanenzgedanke

- Nebenabreden zu schuldrechtlichen Verträgen (*ancillary restraints*),
z. B. Wettbewerbsverbote in Unternehmensveräußerungsverträgen
- ARGE-Gedanke
- Markterschließungsdoktrin
- Genossenschaftsprivileg